



Unterrichtung 19/396

der Landesregierung

Landesverordnung zur Änderung der Corona-Bekämpfungsverordnung

Die Landesregierung unterrichtet den Schleswig-Holsteinischen Landtag unter Hinweis auf Artikel 28 Absatz 1 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein in Verbindung mit § 1 Parlamentsinformationsgesetz (PIG).

Federführend ist der Ministerpräsident

Zuständige Ausschüsse: Innen- und Rechtsausschuss, Bildungsausschuss, Finanzausschuss, Umwelt-, Agrar- und Digitalisierungsausschuss, Wirtschaftsausschuss, Sozialausschuss und Europaausschuss.

Der Chef der Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein
Postfach 71 22 | 24171 Kiel

Präsidenten des
Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Klaus Schlie, MdL
Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

1. Februar 2022

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

gemäß Artikel 28 Abs. 1 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein in Verbindung mit dem Parlamentsinformationsgesetz sende ich den beigefügten Verordnungsentwurf zeitlich parallel zur Ressortanhörung zur Unterrichtung des Landtags.

Mit freundlichen Grüßen



Dirk Schrödter

Landesverordnung zur Änderung der Corona-Bekämpfungsverordnung

Vom . Februar 2022

Aufgrund des § 32 Satz 1 und 2 in Verbindung mit § 28 Absatz 1 Satz 1 und 2, des § 28a Absatz 1, Absatz 7 Satz 1, Absatz 8 Satz 1 und des § 28c Satz 5 des Infektionsschutzgesetzes vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Dezember 2021 (BGBl. I S. 5162), sowie des § 7 Satz 1 und des § 3 Absatz 2 Satz 2, auch in Verbindung mit § 7 Satz 2, der COVID-19-Schutzmaßnahmen-Ausnahmenverordnung vom 8. Mai 2021 (BANz AT 08.05.2021 V1), zuletzt geändert durch Verordnung vom 14. Januar 2022 (BANz AT 14.01.2022 V1), verordnet die Landesregierung:

Artikel 1

Änderung der Corona-Bekämpfungsverordnung

Die Corona-Bekämpfungsverordnung vom 11. Januar 2022 (ersatzverkündet am 11. Januar 2022, unverzüglich bekannt gemacht im GVOBl. Schl.-H. S. 34), geändert durch Verordnung vom 14. Januar 2022 (ersatzverkündet am 14. Januar 2022, unverzüglich bekannt gemacht im GVOBl. Schl.-H. S. 76), wird wie folgt geändert:

1. § 16a wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Worte „, die im Sinne von § 2 Nummer 2 oder 4 SchAusnahmV geimpft oder genesen sind und regelmäßigen Kontakt zu Kindern haben,“ und die Worte „ab dem 17. Januar 2022“ gestrichen.

bb) Satz 2 wird gestrichen.

cc) In Satz 3 wird nach den Worten „§ 2 Nummer 6 SchAusnahmV“ das Wort „täglich“ eingefügt.

b) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 eingefügt:

„(3) Werden Kinder in Kindertagesstätten oder Kindertagespflegestellen betreut, muss mindestens eine im Haushalt des Kindes lebende sorgeberechtigte Person oder Pflegeperson mindestens dreimal wöchentlich im Sinne von § 2 Nummer 6 SchAusnahmV getestet sein. Die Voraussetzungen nach Satz 1 sind von den Sorgeberechtigten oder Pflegepersonen gegenüber der Kindertagesstätte oder Kindertagespflegeperson jeweils für die vorangegangene Kalenderwoche schriftlich zu bestätigen. Die Bestätigungen nach Satz 2 sind für einen Zeitraum von vier Wochen bei der Kindertagesstätte oder der

Kindertagespflegeperson aufzubewahren und auf Anfrage an das zuständige Gesundheitsamt vorzulegen.“

- c) Der bisherige Absatz 3 wird zu Absatz 5 und wie folgt geändert:

Satz 2 wird gestrichen.

2. § 21 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Nummer 28 wird die Angabe „Satz 3“ durch die Angabe „Satz 2“ ersetzt.

bb) In Nummer 29 wird die Angabe „Satz 4“ durch die Angabe „Satz 3“ ersetzt.

- b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) Nach Nummer 7 werden folgende Nummern 8 und 9 eingefügt:

„8. entgegen § 16a Absatz 3 Satz 2 eine Bestätigung nicht oder falsch abgibt;

9. entgegen § 16a Absatz 3 Satz 2 Bestätigungen nicht aufbewahrt oder nicht vorlegt;“

bb) Die bisherigen Nummern 8 und 9 werden zu Nummern 10 und 11.

cc) In Nummer 10 wird die Angabe „Absatz 3 Satz 1“ durch die Angabe „Absatz 5“ ersetzt.

Artikel 2

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Verkündung in Kraft.

Die vorstehende Verordnung wird hiermit ausgefertigt und ist zu verkünden.

Kiel, . Februar 2022

Daniel Günther

Ministerpräsident

Dr. Heiner Garg

Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren

Begründung der Landesregierung zur Landesverordnung zur Änderung der Corona-Bekämpfungsverordnung vom . Februar 2022 gemäß § 28a Absatz 7 Satz 3 und Absatz 8 Satz 1 in Verbindung mit Absatz 5 Satz 1 IfSG:

Zu Artikel 1:

Zu Nummer 1:

Die Anpassungen in § 16a Absatz 2 dienen der Erhöhung des Schutzniveaus im Rahmen der Kindertagesbetreuung. Die bereits bestehenden Testpflichten der Beschäftigten in Kindertageseinrichtungen werden so unabhängig vom Impfstatus ausgestaltet. Damit sollen den im Rahmen der Omikron-Welle erneut verstärkten Übertragungsmöglichkeiten von Erwachsenen Rechnung getragen werden. Neben der Pflicht zur Maskentragung sind Mitarbeitertestungen ein zentrales Mittel zur Aufrechterhaltung des Schutzniveaus in einem Bereich, der in der Regel von ungeimpften Kindern geprägt ist.

Verpflichtende Kindertestungen sind für Krippenkinder kaum umsetzbar. Für Elementarkinder ab dem vollendeten dritten Lebensjahr setzen einzelne Länder Testpflichten um, wobei die fachgerechte Umsetzung dieser Kinder-Testungen durch die Eltern teilweise fraglich ist.

Mit der Neufassung des Absatz 3 sind Sorgeberechtigte und Pflegepersonen, die enge häusliche Kontaktpersonen des Kindes verpflichtet, sich mindestens dreimal wöchentlich zu testen (sog. Umfeldtestung). Die Pflicht bezieht sich auf sämtliche im Haushalt des Kindes lebenden Sorgeberechtigten und Pflegepersonen; es reicht aber aus, wenn sich eine dieser Personen testet. Die sich testende Person sollte in der Regel diejenige sein, die den umfangreichsten Kontakt zum Kind in der Familie hat. Die Testungen sollten innerhalb der Kalenderwoche unter Berücksichtigung der jeweiligen familiären und außerfamiliären Kontakte und unter Berücksichtigung des Betreuungsumfangs des Kindes verteilt werden.

Hierfür stellt das Land jeweils für eine sorgeberechtigte Person pro Kind kostenfrei nasale Antigen-Selbsttests zur Verfügung. Darüber hinaus können die Sorgeberechtigten sich auch bei ihrer Arbeitsstelle (Arbeitgeber-test) oder bei einem Testzentrum (Bürger-test) testen lassen.

Die Sorgeberechtigten haben die Durchführung ihrer Testungen einmal wöchentlich gegenüber ihrer Kindertageseinrichtung oder Kindertagespflegeperson schriftlich zu bestätigen – ein entsprechendes Formular wird den Verpflichtenden über die Einrichtungen und Kindertagespersonen zugänglich gemacht.

Die Bestätigungen sind durch die Kindertageseinrichtung oder Kindertagespflegeperson vier Wochen aufzubewahren und auf Verlangen der zuständigen Behörde herauszugeben.

Zu Nummer 2:

Es handelt sich um redaktionelle Folgeänderungen der Ordnungswidrigkeitstatbestände, die aufgrund der Änderungen unter Nummer 1 notwendig werden. Unter § 21 Absatz 2 Nummer 8 wird die vorsätzlich falsche Abgabe einer Bestätigung nach § 16a Absatz 3 Satz 2 durch die Sorgeberechtigten sowie die vorsätzliche Nichtabgabe bußgeldbewehrt.

Zu Artikel 2:

Die Änderungen treten am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Entwurf